

Wirtschaft am Scheideweg – wie ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel Hamburgs Zukunft sichern kann

**Gemeinsame Erklärung der Hamburger Wirtschaft
für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort**

Der Standort Deutschland läuft Gefahr, international abgehängt zu werden. Während andere Industriestaaten wachsen, stagniert die deutsche Wirtschaft. Globale Krisen und tiefgreifende wirtschaftliche Umbrüche treffen auf erhebliche strukturelle Probleme und verschleppte Reformen.

Hamburgs Wirtschaft steht vergleichsweise gut da – noch. In Hamburg wird gerne auf Spitzenplatzierungen bei Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität verwiesen. Und in der Tat nimmt unsere Stadt in vielen Bereichen eine führende Position ein – innerhalb Deutschlands. Dies nährt eine trügerische Selbstzufriedenheit, die angesichts der aktuellen Herausforderungen gefährlich ist.

Nur mit international wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen kann die Wirtschaft den Wohlstand in Hamburg langfristig sichern.

Als Deutschlands größter Industriestandort und führender Außenwirtschaftsplatz, als breit aufgestellter Wirtschaftsstandort mit stabiler mittelständischer und handwerklicher Basis, spielt unsere Stadt eine Schlüsselrolle im bundesdeutschen Wirtschaftsgefüge. Hamburg kann als Innovationsmotor und Vorbild für wirtschaftliche Transformation die Grundlage für eine neue Dynamik – weit über die Landesgrenzen hinaus – schaffen. Entscheidend ist, dass die Weichen dafür jetzt richtig gestellt werden.

Aktuell bremsen Bürokratie, Regulierung und Verbote die Unternehmen vielfach aus. Was wir beobachten, ist Ausdruck einer politischen Fehlentwicklung, die von Misstrauen in den Markt und in die Wirtschaft insgesamt geprägt ist. Die Politik hat ihre Prioritäten ein Stück weit davon abgekoppelt, was Deutschland und Hamburg erfolgreich gemacht hat: die Soziale Marktwirtschaft. Es braucht einen Paradigmenwechsel in Politik und Verwaltung – weniger Regulierung, mehr Ermöglichung, mehr Vertrauen in den Markt. Die Politik muss wieder den Rahmen schaffen, in dem Unternehmen wirtschaftlich erfolgreich sein können. Es ist nicht die Aufgabe der Politik, unternehmerische Entscheidungen politisch zu lenken oder selbst am Markt zu agieren.

Diese Richtungsentscheidungen sind auf allen politischen Ebenen erforderlich, in Europa und in der Bundespolitik. Aber auch für die Hamburger Politik stellen sich standortpolitische Herausforderungen, die in den kommenden Jahren die volle Aufmerksamkeit aller Verantwortlichen benötigen.

Eine repräsentative forsa-Umfrage in der Hamburger Wirtschaft zeigt, dass aktuell 63 Prozent der befragten Hamburger Unternehmen beim Senat keine langfristige Strategie zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes erkennen können. Dabei braucht es gerade jetzt eine klare Vision und eine nachhaltige Strategie, um technologische und wirtschaftliche Umbrüche aktiv zu gestalten und unsere Stadt in eine erfolgreiche Zukunft zu führen.

Mehr als die Hälfte der Unternehmen hat in dieser kritischen Phase nicht den Eindruck, dass das Thema Wirtschaft für die Politik in Hamburg den Stellenwert hat, den es haben müsste. In der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik wird dies besonders deutlich.

Die Verbesserung der Standortbedingungen muss wieder ganz oben auf der politischen Agenda des Senats stehen.

Eine konsequente Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ist erforderlich – auch damit Hamburg auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet ist.

Die Hamburger Wirtschaft appelliert geschlossen an die politischen Verantwortlichen auf allen Ebenen, sich diesen Grundüberzeugungen anzuschließen und sie zur Grundlage des künftigen Regierungshandelns zu machen. Dafür sind folgende Leitsätze für staatliches Handeln auf allen Ebenen notwendig:

- **Ermöglichungs- statt Verbotskultur etablieren.** Das Grundgesetz garantiert und schützt unternehmerische Freiheit. Zu oft wird diese Freiheit in der Praxis durch politische Eingriffe eingeschränkt und werden Risiken vor Chancen gestellt. Genehmigungsverfahren dauern zu lange. Deshalb sollte regelhaft das Prinzip der Genehmigungsfiktion für wirtschaftliches Handeln auch konsequent umgesetzt werden: Wird innerhalb einer festgelegten Frist keine Entscheidung getroffen, gilt die Genehmigung automatisch als erteilt. Bürokratie- und Berichtspflichten müssen konsequent kritisch hinterfragt werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Hamburger Unternehmen wiederherzustellen.
- **Fachkräftemangel entgegenwirken.** Der Fachkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für Deutschland und Hamburg und gefährdet nachhaltig die wirtschaftliche Entwicklung. Allein in Hamburg könnten Anfang der 2040er Jahre annähernd 200.000 Fachkräfte fehlen. Um die Fachkräftelücke zu schließen, sind vielfältige Maßnahmen erforderlich. Qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland müssen mit minimalem bürokratischem Aufwand in den Arbeitsmarkt integriert werden. Gleichzeitig gilt es, die Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Menschen und Zugewanderten zu erhöhen. Hierfür sind weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unerlässlich. Auch der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz und Automatisierung kann helfen, fehlende Fachkräfte zu kompensieren.
- **Innovationsfähigkeit steigern.** Um langfristig im internationalen Wettbewerb zu bestehen, muss Hamburg die Innovationsdynamik steigern und gezielt Schwerpunkte bei Zukunftstechnologien setzen. Laut forsa-Umfrage ist nur knapp ein Drittel der Unternehmen der Auffassung, dass der Hamburger Senat genug zur Förderung von Innovationen und neuen Technologien unternimmt. Es gilt, bürokratische Hemmnisse abzubauen und bestmögliche Rahmenbedingungen für Innovation zu schaffen. Die Clusterpolitik gilt es zu evaluieren und an den Zukunftstechnologien neu auszurichten. Zugleich ist es entscheidend, die Strukturen der Innovationsförderung so weiterzuentwickeln, dass auch Prozessinnovationen im Mittelstand breiter förderfähig werden, und so gerade in konjunkturell schwierigen Zeiten durch gezielte Entwicklungsimpulse innovative Eigendynamik zu erzeugen. Eine Zukunftsstiftung sollte gegründet werden, in die dauerhaft privatwirtschaftliche Erträge der Stadt fließen und die den Transfer von Forschungsergebnissen in Produkte und Dienstleistungen fördert.
- **Energiesicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen schaffen.** Aktuell erleben wir eine schleichende Deindustrialisierung. Auch in Hamburg, wo jeder vierte Arbeitsplatz an der Industrie hängt, geht Wertschöpfung dauerhaft verloren. Für die Industrie, gleichermaßen für andere Branchen sowie für den Mittelstand und das Handwerk, gilt: Die Politik muss dringend Energiesicherheit zu bezahlbaren Preisen gewährleisten, um

die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern und den Standort zu stärken. Wichtige Synergien könnten entstehen, wenn die Energiepolitik in die Zuständigkeit der Wirtschaftsbehörde übertragen würde. Hamburg und Norddeutschland spielen aufgrund ihrer strukturellen Voraussetzungen eine Schlüsselrolle auf dem Weg zur Klimaneutralität. Eine nachhaltige Energiewende kann nicht gegen, sondern nur mit der Wirtschaft gelingen. Dazu braucht es einen institutionellen Rahmen, der privatwirtschaftliche Initiativen zur Dekarbonisierung fördert und Freiräume für Investitionen schafft – denn Hamburg hat große Chancen, eine internationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz einzunehmen.

- **Leistungsfähige Infrastruktur ausbauen, Hafen zukunftsfähig weiterentwickeln.** Die Politik hat es in der Vergangenheit versäumt, ausreichend in die Infrastruktur zu investieren. Dabei ist Hamburg als nationale und internationale Handelsdrehscheibe im besonderen Maße auf eine zukunftsfähige Infrastruktur angewiesen. Zentrale Infrastrukturprojekte – wie die A26-Ost, der Ausbau der A7 und die Instandhaltung der Brücken über Norder- und Süderelbe – müssen schnellstmöglich realisiert werden. Ebenfalls muss der Bau der neuen Köhlbrandquerung maximal beschleunigt und ein Fertigstellungsdatum noch in den 2030er-Jahren angestrebt werden. Der Hamburger Hafen ist nicht nur Ausgangspunkt von Wertschöpfungsketten, die tief hinein in den mittelständisch geprägten Wirtschaftsstandort mit seinen diversen Branchen wirken und damit eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Er spielt auch bei der Energiewende eine zentrale Rolle, etwa als Flächenstandort für erneuerbare Energien, als Logistikpartner und als Anlandepunkt für Energieimporte. Auch sicherheitspolitisch hat der Hafen als logistischer Knotenpunkte im Verteidigungs- und Bündnisfall eine wichtige strategische Bedeutung. Der Bund muss sich daher viel stärker als bisher am Hafenunterhalt beteiligen. Die Anstrengungen zur Verbesserung von Leistungsfähigkeit und Effizienz unseres Hafens müssen auch in Hamburg entschlossen und parteiübergreifend erfolgen.
- **Norddeutsche Zusammenarbeit stärken, Interessen gemeinsam vertreten.** Die aktuellen Umbrüche eröffnen Hamburg und Norddeutschland immense Chancen – insbesondere bei der Energiewende und der Ansiedlung von „grüner“ Industrie. Eine verbindliche Zusammenarbeit in zentralen Themenfeldern, um Norddeutschland als „Wirtschaftsregion der Zukunft“ zu positionieren und die strategische Bedeutung der Region auf Bundes- und europäischer Ebene sichtbar zu machen, ist notwendig.

Aus Sicht der Wirtschaft ist zudem eine klare Arbeitsteilung zwischen der Metropolregion Hamburg und der norddeutschen Ebene entscheidend. Während auf norddeutscher Ebene „große“ Zukunftsthemen wie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und die Entwicklung einer zukunftsfähigen Energieinfrastruktur vorangetrieben werden sollten, sollte der Fokus der Metropolregion Hamburg auf konkreten Verbesserungen vor Ort, etwa bei der Ausweisung von Gewerbeflächen oder der Optimierung des Pendlerverkehrs, liegen. Auch an diesen konkreten Fortschritten, die für die Wirtschaft praktisch spürbar werden, muss die Metropolregion sich messen lassen. Eine abgestimmte Zuständigkeit schafft Synergien, nutzt Ressourcen effizienter und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region. Wichtig ist: Die Zusammenarbeit im Norden muss Chefsache sein!

Wir stehen als Gesamtinteressenvertretungen der Hamburger Wirtschaft bereit, gemeinsam mit dem neuen Senat, diese Herausforderungen entschlossen anzupacken und einen gemeinsamen, Partei- und Legislaturperioden übergreifenden Zukunftskurs für Hamburg einzuschlagen.